

# Kommunistische Rundschau

Lageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Besitzpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbjährlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Belehrungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: 2 / Gemisch-Sammelnummer 17259 / Postcheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Schule; Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernpost: Amt Dresden Nr. 17259 / Dechantenstr. "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochenende nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

Abgabepreis: Die neuromal geprägte Sonntagszeitung oder deren Raum 0,30 RM., für Familienangehörige 0,20 RM., für die Reklameseite entsprechend an den Preisgestaltungsteil 1,25 RM. Abreise-Abnahme liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer am Sonn- und Feiertagen / In allen Postämtern besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Durchzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 10. Februar 1926

Nummer 34

## Entlarvte Friedensheuchler

### Kommunistische Abrechnung mit den Friedensheuchlern im Reichstag

Der Reichstag nahm am Dienstag zu der Brunde und schwere Stellung, die Mussolini am Sonnabend in der italienischen Kommission gegen Deutschland gehabt hatte. Da dem verbreiteten Glauben nach bestreite man unter den zahlreichen vertretenen Delegationen auch den englischen Sozialisten, der wohl deswegen bestreitet war, daß Herr Stresemann sich nicht etwa zu verbündeten Freien gegen den Bundesgenossen Englands, Mussolini, bewegen läßt.

Die Erwähnung des Lords d'Albion war ganz ungewöhnlich. Herr Stresemann war sich seiner Grenzen bewußt. Am Abend des angekündigten Sozials deutscher Delegation nach Italien will Stresemann die Weltwirtschaftskonferenz anstreben; um darüber vermeidet seine Jeremiasde immer wieder vorzuwerfen, wie anders doch alles sein würde, wenn Deutschland kein Mitglied des Völkerbundes wäre!

Hat diese Behauptung nicht er natürlich begegnetes Wahlkreis der Sozialdemokratie, Stomper, der trotz seines Tonfalls doch mit dieselben Argumenten gegen Mussolini stand wie Stresemann, und es möglich verneint, das muss der Katholizismus als eines Systems des Kapitalismus zu sein.

Darauf nahm Genosse Stroeder

zu Wort und erklärte: Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Fraktion allerchristlichen Brüder gegen die Unterhändlerpartei Mussolinis gegenüber den Deutschen in Südsachsen nicht. Aber ist es nicht ein diplomatisches Zusammensein, das ausgerechnet am Tage des Eintritts Deutschlands in den Weltkrieg einer der obersten Führer dieses Völkerbundes eine offene Kriegsanwendung an Deutschland thut? Drei Monate nach Locarno zeigt es sich schon, daß der katholisch geistige Geist des Friedens Schindel und Bezug ist, um die arbeitenden Massen Europas glauben zu lassen, daß wie in einer Atmosphäre des Friedens hineinmarschiert.

Die Rede Mussolinis zeigt klar, daß sich die leitenden Staatsmänner Europas nicht von einem ehrlichen Friedenswillen lassen, sondern von nationalistischer, imperialistischer Machtsucht, die auf Kosten der Arbeiterschaft zugunsten des Kapitalismus gedeckt wird. Und die englische liberale Zeitung "Daily Express" hat mit aller Recht, wenn sie vor einigen Tagen schreibt, „zeigt der angekündigten der Rude Mussolini, daß der Tausch ein Debatthierclub ohne Bedeutung ist, und daß der angekündigte Friedenspolitik von Locarno sich in Wirklichkeit als Geist des Krieges erwies“.

Nur in einem einzigen Staat erfreuen sich alle Nationalitäten politischer Autonomie, in dem Lande, das nicht Mitglied des Völkerbundes ist, in Sowjetrußland. Alle imperialistischen Staatsmänner sind um kein Haar besser als Mussolini, sie verbergen es nur geschickt, die wahren Ziele ihrer Kolonialpolitik vor politischen Personen zu hüllen.

Wir glauben nicht, daß Mussolini als kanter Phantast abgetan werden kann. Mussolini reicht die Politik der italienischen

Bourgeoisie. Bei der absoluten Feindschaft der italienischen Arbeiterschaft gegen ihn könnte er nur einen Tag halten, wenn es nicht die Unterstützung der kapitalistischen Klasse hätte.

Mussolinis Reise hat schon einen tiefen außen- und innenpolitischen Sinn. Eine der Hauptjagden der italienischen Imperialisten ist es, den in abschätzbarer Zeit in Frage kommenden Angriff des Kaiserreichs an Deutschland zu verhindern. Darauf ist die Rode gerichtet. Sie konnte weiter nur gehalten werden, weil Mussolini sich auf den Hauptprotektor des Völkerbundes, Chamberlain, stützen kann, der ja einen Schachmattzug mit ihm in der Tasche hat — Auch innerpolitisch hat die Rode Überzeugung. Mussolini möchte außenpolitische Handel, um aus seinen inneren Verlegenheiten herauszukommen. Er weiß, daß er auf einem Balkan sitzt, und sucht durch außenpolitische Konflikte die italienischen Massen von dem länderlosen Schicksal seiner inneren Gewaltlosigkeit, durch die er gerade die letzten Organisationen des Proletariats zerstört hat, abwenden.

In einer hinsichtlich Mussolinis überraschend ein Vorbild der deutschen Bourgeoisie. Untere Aussichtslosigkeit bis zur Auflösung gegen den Oberhaupt Mussolini. Es ist der Mörder Moltke, der Mörder von Zentaurushelden des Betriebs des italienischen Volkes. Was die arbeitenden Massen an Mussolini hoffen, das leben und trüben die Führer der deutschen Bourgeoisie und ihre Freunde hat es in den letzten Tagen vielleicht zum Ausdruck gebracht.

Die deutsche Bourgeoisie hat kein Recht, gegen die Gewaltlosigkeit Mussolinis zu protestieren. Welche Kulturbearbeitung würden ihre Kommunisten in Europa angerichtet haben, wenn der deutsche Imperialismus im Weltkrieg triumphiert hätte? Daher hat die deutsche Bourgeoisie kein politisches und moralisches Recht zu einem Protest gegen Mussolini.

Zehnmal logen wir in dieser Frage gilt es für die arbeitende Klasse keine gemeinsame Front mit der Bourgeoisie. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, gegenüber Mussolinis Gewaltlosigkeit zu protestieren, wie wir auch gegen die deutsche Gewaltlosigkeit protestieren. Und so sehr wie Mussolini Friedenspolitik bekämpft, so bekämpfen wir auch die aufsehenerregende Kriegspolitik deutscher Imperialisten. Die Berliner "Vorwärts" hat in einem großen Artikel erklärt: „Danach ist Mussolini“ und darin schreibt, daß Brot und Gemeinschaft auf lange Zeit hinweg die einzige Möglichkeit seien, mit anderen Methoden Politik zu treiben“. Zuwohl Brot und Gemeinschaft, Zug und Betrug in der Außenpolitik, solange der Kapitalismus herrscht, weil hier ein Räuber dem anderen nicht frontal und die Beste nicht gnau.

Wenn von Stresemann und der Sozialdemokratie die Hoffnung ausgesprochen werden ist, daß sich alles ändern werde, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, so antworten wir darauf und rufen es den Arbeiterschaften ganz Europas zu: „Brot und Gemeinschaft auf lange Zeit hinweg die einzige Möglichkeit seien, mit anderen Methoden Politik zu treiben“. Zuwohl Brot und Gemeinschaft, Zug und Betrug in der Außenpolitik, solange der Kapitalismus herrscht, weil hier ein Räuber dem anderen nicht frontal und die Beste nicht gnau.

Wenn von Stresemann und der Sozialdemokratie die Hoffnung ausgesprochen werden ist, daß sich alles ändern werde, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, so antworten wir darauf und rufen es den Arbeiterschaften ganz Europas zu: „Brot und Gemeinschaft auf lange Zeit hinweg die einzige Möglichkeit seien, mit anderen Methoden Politik zu treiben“. Zuwohl Brot und Gemeinschaft, Zug und Betrug in der Außenpolitik, solange der Kapitalismus herrscht, weil hier ein Räuber dem anderen nicht frontal und die Beste nicht gnau.

### Der Kampf um die Kurzarbeiterunterstützung

Der Sozialpolitische Ausschuss ließ gestern die Beurteilung über die Kurzarbeiter-Unterstützung vorliegenden Anträge zu. Der am 9. Februar im Plenum des Reichstages neu eingeführte Entwurf der kommunistischen Fraktion stand in volle mit Tagesordnung.

Zur Begründung des Antrages nahm Genosse Rädel den Wort und schrieb aus, daß der Ausschuss sich nicht verlassen

sollte auf die Unfähigkeit der Regierung, demnächst die Kurzarbeiter-Unterstützung auf dem Verordnungswege zu regeln. Die Rolle der Kurzarbeiter sei ebenso groß wie die Rolle der Erwerbstätigen. Es sei Pflicht der Regierung, die die Sorgen der Wirtschaftskrise im vollen Umfang zu lösen. Es müsse endlich damit Schluss gemacht werden, daß alle Kosten, die durch die finanziel Kapitalistische Wirtschaftspolitik entstehen, von der Arbeiterschaft getragen werden. Stimmen der Ausschuss den kommunistischen Entwurf zu, so sei wenigstens eine Möglichkeit gegeben, die in ihrer Erfahrung bedrohten Arbeitnehmer zu helfen. Man könne unmöglich die Regelung der Kurzarbeiter-Unterstützung der Regierung allein überlassen, da die Anforderungen des Regierungsvorvertreters ganz klar zeigen, daß die Regierung praktisch nichts tun wird. Im Laufe des Tages nahm u. a. ein Vertreter des Finanzministers das Wort und erklärte, daß das Kabinett beschlossen habe, der Erwerbstätigen keine weiteren materiellen Zusicherungen mehr zu machen, da der Staat für 1926 mit einem Kredit rechnete. Er erfuhr deshalb die Regierungsparteien, welche Schritte mit materieller Ausstattung zu fassen. Genosse

Regierung praktisch nichts tun wird. Im Laufe des Tages nahm u. a. ein Vertreter des Finanzministers das Wort und erklärte, daß das Kabinett beschlossen habe, der Erwerbstätigen keine weiteren materiellen Zusicherungen mehr zu machen, da der Staat für 1926 mit einem Kredit rechnete. Er erfuhr deshalb die Regierungsparteien, welche Schritte mit materieller Ausstattung zu fassen. Genosse

### Völkerbundseintritt vollzogen

Berlin, 10. Febr. (Sig. Druckbericht). Heute findet in Berlin die Übergabe einer Note Deutschlands im Generalsekretariat des Völkerbundes statt. Dieser Note ist ein längeres Dokument zur Begründung des deutschen Völkerbundeseintritts. Am Freitag und mit verschiedenen deutschen Botsälen bestätigt. Am Freitag soll die Völkerbundserklärung stattfinden, in der vom Völker-

### Der Erfolg über alles!

von Ernst Meyer

Heute hat auch der Bundesausschuß des ADGB, an alle Verbände und Einzelmitglieder der Gewerkschaften die Aufrufserklärung erlassen, alle Kräfte mit einzugehen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volksentscheid zu einem eindeutigen Erfolg zu verhelfen". Wir hätten gemerkt, daß der ADGB diesen Willen auch dadurch bestätigen würde, daß er die Verbände und Gewerkschaftsvertreter anwählen würde, in einer Verbindung mit der KPD und KPD die Propaganda für das Volksbegehren in die Wege zu leiten und zu unterstützen. Vor nur einigen Tagen veröffentlichte Kürschner die Aufruf des ADGB, der sich gegen die Kommunisten wendet, wird keineswegs geeignet sein, den Erfolg der Bewegung für die Führer erzielung zu holen.

Auch die Sozialdemokratie betont immer wieder, daß sie kein anderes Ziel habe, als eine Mehrheit für die Führerenteignung herbeizuführen. Nur besteht ein Zweifel, daß der Erfolg einer Aktion um so größer sein wird, je breiter die Basis für diese Aktion ist und je einsatzbereit diese Aktion geführt wird. Der Vorschlag der Kommunisten, logenreiche Einheitskomitees zur technischen Durchführung des Volksentscheids zu bilden, ist dogmatisch von der SPD zum Anlaß einer heftigen polemischen Auseinandersetzung benutzt worden. Die SPD hat zunächst verneint, als Gründe für ihre ablehnende Haltung vorwiegend sozialistische Sonderabsichten der KPD anzugeben. Im "Vorwärts" wird nun ein Artikel aus dem Bureau des Sozialdemokratischen Pressebundes veröffentlicht, der die eigentlichen Gründe für die Haltung der SPD angibt. In diesem Artikel heißt es:

"Eine gemeinschaftliche Arbeit mit der Kommunistischen Partei ist schon deshalb unmöglich, weil während der ganzen Dauer der Vorbereitung für das Volksbegehren und den Volksentscheid innen- und außenpolitische Fragen von unserer Partei selbstständig entschieden werden, und weil wir bei allen diesen Fragen im Gegensatz zu kommunistischen Partei stehen."

Die SPD hält also nicht mehr ihre tatsächlich auch völlig abwegige Behauptung aufrecht, daß die technischen und agitatorischen Aufgaben des Volksentscheids besser durchzuführen seien, wenn die beteiligten Organisationen getrennt marschieren.

Die SPD gibt als Grund dafür, daß sie ihre Anhänger unabdingt von den Kommunisten fernhalten will, jetzt an, daß die KPD von der SPD in allen innen- und außenpolitischen Fragen bestimmt werden müßte.

Kaum an dem gleichen Tage, an dem der "Vorwärts" diesen Artikel seines Parteivorstandes veröffentlichte, erschien in den überlebenshohen sozialdemokratischen Zeitungen ein gemeinsamer Aufruf von Vertretern der SPD, der KPD und des ADGB zum Kampf gegen die Erwerbstätigkeit und mit der Aufrufserklärung zur Besichtigung einer Konferenz, deren Delegierte sich aus Vertretern der Gewerkschaften, der Betriebsräte und des ADGB, sowie der KPD und der SPD zusammensetzen werden. Die überlebenshohen Mitglieder der SPD und des ADGB sind also davon überzeugt, daß sie nicht in allen Fragen im Gegensatz zur Kommunistischen Partei stehen müssen. Sie haben mit der KPD einen gemeinsamen Boden zur Bekämpfung der Erwerbstätigkeit gefunden. Ihre Haltung ist offenbar davon dictiert, einen möglichst großen Erfolg im Kampf gegen die überlebenshohen Industrieketten zu erzielen. Und während dem SPD-Parteivorstand das getrennte Marschieren als Voraussetzung des Erfolges erscheint, betrachten die überlebenshohen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Funktionäre im Gegensatz dazu das gemeinsame Vorgehen als die beste Sicherung des Erfolges.

Wir sind überzeugt, daß es noch eine ganze Reihe von Fragen gibt, in denen die sozialdemokratischen Arbeiter trotz ablehnender Haltung gegenüber den grundsätzlichen Ausschreibungen der KPD mit den Kommunisten zusammengehen können und wollen. In den praktischen Tagesfragen empfinden die sozialdemokratischen Arbeiter keinen Gegensatz zur Kommunistischen Partei. Im Gegenteil: in unseren Versammlungen hören wir immer wieder, daß die sozialdemokratischen Mitglieder uns mehr verpflichten als ihrem Parteivorstand oder den Führern des ADGB. Gerade weil es den Arbeitern um den Erfolg geht, wehnen sie sich gegen die künstliche Absperrung, die der Parteivorstand der SPD zwischen ihnen und den Kommunisten vornehmen will.

Wir erinnern uns nicht, daß der "Vorwärts" jemals geschrieben hat, daß die SPD in allen innen- und außenpolitischen Fragen im Gegensatz zu einer der bürgerlichen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Deutschnationalen, steht. Die viel größere Übereinstimmung der SPD mit den bürgerlichen Parteien kann daher die SPD leicht zu einer Annäherung mit ihnen auch in der Frage der Führerenteignung führen. Niemandem kann es entgangen, daß